

Montag, 5. Oktober 2009, Seite 8

Der politische Gastkommentar

Der langsame Tod der Energiecharta

von Kirsten Westphal (Stiftung Wissenschaft und Politik)

Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit hat Russland die Abkehr von der Energiecharta vollzogen. Ab dem 19. Oktober 2009 ist das Land nicht mehr an den Vertrag gebunden.

Russlands ambivalente Haltung zum Abkommen und die Transitstreits mit der Ukraine haben die Energiecharta auch in der breiten Öffentlichkeit bekanntgemacht. Sie ist das einzige internationale, rechtlich bindende Vertragswerk für Investitionen, Handel und Transit im Energiebereich und trat 1998 in Kraft. Russland hat sie unterzeichnet, aber nie ratifiziert.

Da aber Russland bei Unterzeichnung nie eine anderweitige Erklärung eingereicht hatte, galt für das Land nach Art. 45 die provisorische Anwendung des Vertrags. Russland stellte über Jahre den stellvertretenden Generalsekretär im Energiecharta-Sekretariat in Brüssel und hielt die Verhandlungen über das umstrittene Transitprotokoll in der Schwebe. Man muss sich also fragen, warum der Austritt - der bisher wenig Widerhall in Europa fand - erfolgt ist.

Das Land steht in einer Reihe wichtiger Erdöl- und Erdgasproduzenten, die allesamt Bedenken äußerten. Für Norwegen und die USA war es insbesondere der weitreichende Investitionsschutz, der sie davon abhielt, volle Vertragspartner zu werden. Bei Russland lag die Sache anders. Hier waren es vor allem die Transitfragen, die früh den russischen Gaskonzern Gazprom auf den Plan riefen. Gazprom fürchtete, sein lukratives Transportmonopol über russisches Territorium werde unterminiert.

Vordergründig lamentierte man in Russland während und nach dem Gasstreit mit der Ukraine 2009 über die Nutzlosigkeit des Vertrags, während man sich gleichzeitig in juristischen Manövern übte, um den eigenen Vertragsbruch mit Verweis auf russische Gesetze zu rechtfertigen.

Das verweist auf ein wichtiges Motiv: Russland steht wegen der Zerschlagung des Yukos-Konzerns vor dem ständigen Schiedsgerichtshof in Den Haag. Streitwert sind rund 50 Milliarden US-Dollar, also kein Pappenstiel, den die Hauptanteilseigner der Yukos im Rahmen des Energiecharta-Vertrags wegen Enteignung vom russischen Staat fordern. Russland versucht mit dem jetzigen Rückzug seine Position zu untermauern, wonach es diejenigen Artikel des Vertrags nie angewendet habe, die russischem Recht widersprechen. Es ist ein Paradox, die provisorische Anwendung zu beenden und gleichzeitig zu argumentieren, sie nie grundlegend vollzogen zu haben.

Dem Westen sollte das zu denken geben. Laut Energiecharta-Vertrag waren in Russland getätigte ausländische Investitionen geschützt, auch rückwirkend gilt das nun noch für 20 Jahre. Neu erfolgende Investitionen haben diesen Schutz nicht mehr. Das muss den Westen beunruhigen. Unverständlich ist der Schritt, weil Russland wegen der Wirtschaftskrise die Investitionsstrategien in der Öl- und Gasindustrie zusammenbrechen. Premier Putin lud Ende September ausländische Firmen zur Werbetour auf die Jamal-Halbinsel.

Auch im Westen gibt es Versäumnisse. Ein Vorschlag des russischen Präsidenten Medwedjew vom April dieses Jahres für ein neues internationales Regelwerk im Energiebereich verhallte in Deutschland und Europa ohne Resonanz. Egal, wie vage und wenig konkret das Dokument war, so ein Vorschlag des weltgrößten Energieexporteurs hätte mehr Gehör finden sollen. Auch darin mag ein Motiv für Russlands Abkehr vom Energiecharta-Vertrag gelegen haben.

Medwedjews Vorschlag legt durchaus Defizite des Vertrags offen: Unter anderem sind einige wichtige energieexportierende Länder nicht dabei. Die Chance, den Vorschlag Medwedjews schnell in den Energiecharta-Prozess zu überführen, ist leider versäumt worden.

Es ist aber nicht zu spät, um neue Verhandlungen aufzunehmen. Russland wie andere Energieproduzenten sind von der Wirtschaftskrise empfindlich getroffen. Die Nachfrage ist in Europa

und anderen Verbrauchsregionen schwer eingebrochen und der Öl- und der Gassektor chronisch unterfinanziert.

Die Unsicherheiten wachsen aber auch für die Konsumentenländer, denn bei einem Durchschreiten der Krise wird schnell mit steigender Nachfrage, einem sich verknappenden Angebot und hohen Preisausschlägen zu rechnen sein. Um mit der wachsenden Volatilität der Märkte umzugehen, sind Dialog und Kooperation ein Gebot der Stunde. Deutschland könnte mit Russland und den USA im Rahmen der G20 eine neue Initiative starten, um über ein international bindendes Rahmenwerk zu verhandeln.

KIRSTEN WESTPHAL ist Energieexpertin der Stiftung Wissenschaft und Politik